ROTE ANNELIESE

Nr. 173 / Juli 2002 Fr. 6.–

Urkundenfälschung?

POLIZEI ermittelt

gegen Visper Präfekt Josef Bumann

Seite 3

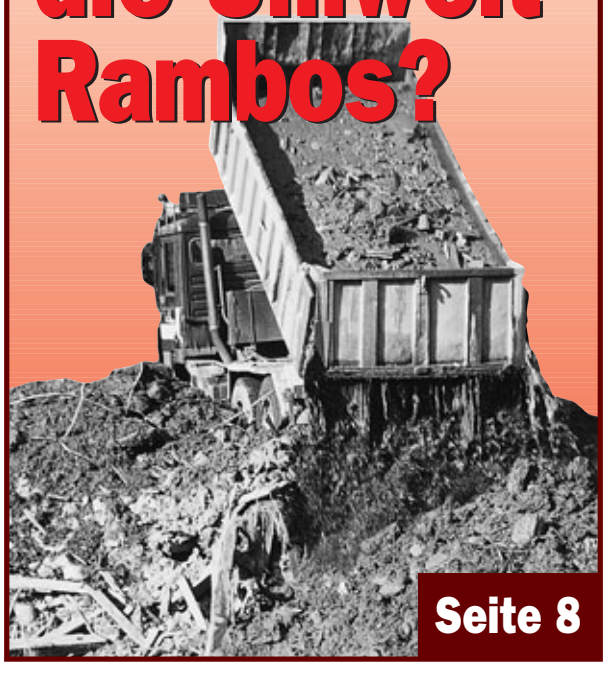
Fall Peter Klingele

Sturer Bischof

Seite 11

Beton-Volken:

Wer stoppt die Umwelt-Rambos?



Seite 8

Politprominenz bekommt kalte Füsse

Gommer Jäger mundtot gemacht!

Seite 4

Lonza: Ebner und Marchionne zockten 2001 kräftig ab! Seite 12

■ **Bayard, Bumann, Seppey**

Ein Kanton, wo die Sessel kleben

Paul-Bernhard Bayard treibt die renommierte Möbel Gertschen in den Ruin. Im Verlauf der Affäre wird klar: Es geht nicht nur um Mobbing, sondern auch um Schwarzgelder. Oberwalliser Politiker und Hoteliers schmuggeln insgesamt 700 000 Franken am Fiskus vorbei, darunter auch CVP-Grossrat Felix Ruppen. Den Ruf nach Suspendierung beantwortet Staatsrat Jean-René Fournier mit einem Schäckerchen. Bayard geniesst derweil seinen garantierten Staatslohn von bis zu 150 000 Franken, der CVPO gelingt es, die Vorfälle zu keinem Thema werden zu lassen.

Szenenwechsel 1: Anfang Jahr erschüttert ein Schwarzgeldskandal die Kölner SPD. Der Sumpf weitet sich schnell aus, aus 700 000 Mark Schwarzgeld wird der grösste Schwarz- und Spendengeld-Skandal der Kölner Geschichte. Das politische Karussel wirft bis heute immer schneller immer mehr Spitzenpolitiker ab. Der Imageschaden für die Bundesregierung in Berlin ist gross und wird zum grossen Stolperstein für Schröder.

Der Visper Präfekt und Regionspräsident Josef Bumann saniert sein Geschäft mit immer neuen Aufträgen vom Kanton. Doch dieser gelbe Heimatschutz genügt offenbar nicht: Bumann greift zu illegalen Mitteln. Jetzt läuft eine Strafanzeige wegen Urkundenfälschung.

Szenenwechsel 2: Die Zürcher Kripo-Chefin Silvia Steiner gelangt Mitte Juni ins Schussfeld der Kritik: Sie hat den Unfall ihres stockbesoffenen Ehemanns privat zu regeln versucht, der Verdacht der Begünstigung liegt nahe. Die Stadtzürcher Polizeidirektorin Esther Maurer regiert für einmal. Drei Tage nach Bekanntwerden wird die Kripo-Chefin suspendiert.

Narcisse Seppey ist der Platzhirsch in der Walliser Verwaltung. Er beherrscht die Jagd- und Fischereiabteilung nach Belieben. Deshalb kann er es sich auch erlauben, im Verwaltungsrat zweier Bergbahnen zu hocken, obwohl dies mit seinem Beamtenstatus unvereinbar ist. Sein Vorgesetzter Jean-René Fournier deutet kurzerhand das Beamtengesetz um und erteilt die Bewilligung.

Szenenwechsel 3: Anfang März wird die junge Silvia Schouwey für die SPU in den Grossrat gewählt. Doch sie kann ihr Amt gar nicht erst antreten. Staats- und Grossrat meinen: Lehrerin und Grossrätin, das geht nicht. Dabei ist strittig, ob ihr Lehrerjob unter das Beamtengesetz fällt.

In eigener Sache: Mit dieser Ausgabe verabschiede ich mich bis Februar nach Helsinki, Finnland. Cyrill Pinto übernimmt ab sofort mein Pensum.

Patrick Zehner

Inhalt

Bumann: Vor Gericht? ▶ Seite 3

Diana Goms: Maulkörbe ▶ Seite 4

Cina: Auf Hess' Spuren ▶ Seite 6

Beton-Volken: Gaunereien! ▶ Seite 8

Bischof: Macht Priester krank ▶ Seite 11

Minergie: Energie weg? ▶ Seite 12

Lonza: Ebner kassiert ▶ Seite 12

Lärmschutz: Schlamperei! ▶ Seite 13

Escher: Weichen gestellt? ▶ Seite 14

Ferden/Simplon: Streik-Vergleich ▶ Seite 15

Christa Wolf: Kein Ort. Nirgends ▶ Seite 16

Wohin frau/man geht ▶ Seite 18

Alpenkonvention: Nichts gelernt ▶ Seite 20

Impressum

Rote Anneliese (ra)
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
Kurt Marti (ktm)
Cyrill Pinto (cp)
Patrick Zehner (pz)

Sekretariat
Ursula Schild

Freie Mitarbeiter
German Eyer (ge)
Hilar Eggel (he)
Leo Arnold

Agenda
Renata Werlen

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Dicke Eier

Gelb-schwarze Ideen von der *RA*

Ideenlos kommen in letzter Zeit die Vorstösse des Tigerenten-Clubs daher. Doch nun naht die Rettung in der Gestalt der *RA*. Thomas Brunner (CSPO) verlangt nämlich vom Staatsrat die kantonale Regelung der Prostitution. Aufgegriffen hatte er die Idee offensichtlich von der Oktober-*RA*. Auch der Schwarze Hans Hutter liess es sich nicht nehmen, der Öffentlichkeit *RA*-Ideen zukommen zu lassen. Er will endlich die Burgerschaften aus der Einbürgerung raushalten und das Prozedere den Gemeinden überlassen. Genau das forderte die *RA* im März 2001. Die *RA;* bald Parteiprogramm der Schwarz-Gelben?

Kollegium: Von Schafseckeln und Kritikfähigkeit

Der Kollegiumsbericht rüttelte die Schülerschaft auf und brachte das Rektorat in Erklärungsnotstand. Denn offensichtlich stehen Anspruch des heiligen Leitbildes und Realität des sakrosankten Schulbetriebes im Widerspruch. Und dessen Einhaltung sollte das Rektorat eigentlich ständig kontrollieren. Doch wieder einmal musste die *RA* tun, was eigentlich Aufgabe der anderen hätte sein sollen. Der Dank dafür kam schnell: *«Sag ihm, er sei ein Schafseckel!»*, meinte ein Professor ungehalten. Ach ja, Kritikfähigkeit steht ja auch im Leitbild....

Renate Imseng: Oops, I did it (again)!

Endlich: Nach zahlreichen Querelen haben sich die Bürgerlichen auf einen Trägerverein zum UNESCO-Schutzgebiet einigen können.

Der Verein besteht nunmehr aus einem Vorstand und 48 Delegierten. Jede Gemeinde kann dementsprechend in der DV Einsitz nehmen. Wo aber bleibt Baltschieder?

Ein findiger Beizer fragte beim Gemeinderat nach. Peinlich berührte Antwort: *«Das Dossier lag bei der Gemeindepräsidentin»*. Und die hat das ganze Projekt offenbar verschlafen. Und das nach dem Autobahn-Flop: Oops, she did it again!

■ **Verdacht auf Urkundenfälschung**
■ **Trotzdem weitere Staatsaufträge!**

Präfekt Josef Bumann fehlt der Geometer-Titel, sein Partner Jacques Bonvin sammelt Konkurse.

Polizei ermittelt gegen den gelben Visper Präfekt Josef Bumann

VISP **– Der Staatsrat hat beim Untersuchungsrichter eine Strafanzeige gegen das Geometer-Büro Bumann-Bonvin AG eingereicht, und zwar wegen Verdachts auf Urkundenfälschung. Zur Zeit ermittelt die Polizei. Verwaltungsratspräsident und Geschäftsführer des Büros ist der Visper Präfekt Josef Bumann, einer der wichtigsten Trabanten von CSP-Staatsrat Wilhelm Schnyder.**

VON KURT MARTI

Mitte April wurde Stefan Andenmatten, Präsident der «Ingenieur-Geometer-Schweiz» (IGS), von Verbandskollegen darauf aufmerksam gemacht, dass das Visper Geometer-Büro Bumann-Bonvin AG die amtlichen Vermessungsdokumente nicht immer original unterzeichne, sondern die Unterschriften mit einem Unterschriften-Stempel vornehme. Zunächst tat Geometer Andenmatten diesen Verdacht als *«absurd»* ab.

Andenmatten: *«Diese Urkunden sind wertlos»*

Als er der Sache auf den Grundbuchämtern nachging, staunte er nicht schlecht: Tatsächlich war seit 1998 die Mehrheit der amtlichen Vermessungsdokumente der Bumann-Bonvin AG nicht mit der Originalunterschrift des Geometers Jacques Bonvin versehen, sondern bloss mit einer Stempelunterschrift. Dazu CSPO-Grossratssuppleant Andenmatten: *«Meine Nachfragen bei Juristen in den Grundbuchämtern, aber auch bei privaten Notaren hat klar und eindeutig ergeben, dass es sich bei dieser Machenschaft um Fälschungen amtlicher Dokumente handelt und dass diese Urkunden wertlos sind.»* Gemäss kantonalem «Reglement über die Nachführung der Grundbuchvermessungswerke» müssen die amtlichen Vermessungsdokumente ausdrücklich mit der Unterschrift des Geometers versehen sein.

Besonders brisant ist der Fall, weil der Verwaltungsratspräsident und Geschäftsführer des Vermessungsbüro Bumann-Bonvin AG Josef Bumann heisst, welcher auch als Visper Präfekt und als Präsident der Region Visp/Westlich-Raron waltet, wohl protegiert von CSP-Parteifreund und Staatsrat Wilhelm Schnyder. Weil Bumann kein Geometer-Patent besitzt, kann er sich selbst nicht an den Ausschreibungen der amtlichen Vermessungen beteiligen. Deshalb hat er den Geometer Jacques Bonvin aus dem Unterwallis in seine Firma aufgenommen. Laut Andenmatten hat *«Bonvin mehrmals Konkurs gemacht und ist aufgrund dieser Konkurse im Unter- und Mittelwallis bei allen Submissionen ausgeschlossen.»* Nicht so im Oberwallis, wo er unter der Protektion von Präfekt Bumann stehe.

Trotz Untersuchung, weiter an der Futterkrippe des Kantons

Am 22. April informierte Andenmatten Staatsrat Schnyder über die *«Machenschaften»* und bedauerte, *«dass man es in dieser Angelegenheit soweit kommen liess.»* Zwei Wochen später, am 6. Mai antwortet Staatsrat Schnyder in einem Brief, *«dass das Departement in obgenannter Angelegenheit vor dem Erhalt Ihres Schreibens bereits die notwendigen Schritte eingeleitet hat und die zuständigen Ermittlungsorgane mit einer Untersuchung beauftragt hat.»* Auf Anfrage bestätigt der Visper Untersuchungsrichter Bernhard Tenud, dass eine diesbezügliche Strafanzeige des Kantons eingegangen ist: *«Zur Zeit läuft das polizeiliche Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Urkundenfälschung.»*

Ungeachtet der laufenden Untersuchung übergab im Juni der Staatsrat die amtliche Vermessung von Blatten und Gampel ausgerechnet dem Büro Bumann-Bonvin AG. Natürlich gilt auch für Bumann die Unschuldsvermutung, aber bis die Untersuchungsergebnisse vorliegen, hätten die Aufträge sistiert werden müssen. Alles andere ist der Stil einer Bananenrepublik. Doch der gelbe Heimatschutz kennt offenbar keine Grenzen.

Staatsrat Schnyder: Fall politisch hinterzogen?

Laut Andenmatten sind Staatsrat Wilhelm Schnyder auch *«folgende Machenschaften des Büros Bumann-Bonvin im Oberwallis ausreichend bekannt:*

- *Betrügerische Rechnungsstellung bei der amtlichen Vermessung in Niederwald (aufgedeckt und gemeldet durch die IGS-VS);*
- *Doppelte Rechnungsstellung in Bratsch (aufgedeckt durch die IGS-VS, Antwort der Dienststelle für Vermessung steht seit Oktober 2001 aus).»*
- Zudem ist laut Andenmatten der Unterwalliser Geometer Bonvin nur *«äusserst selten im Büro Visp.»* Andenmatten spricht von maximal *«einem halben Tag pro zwei Wochen.»* Dies widerspreche den Anforderungen der kantonalen Vermessungsverordnung.

In einem Brief an Schnyder bedauert Andenmatten, *«dass man es so weit kommen liess. Obwohl schon längst hätte alles klar sein können.»* Er hatte Staatsrat Schnyder mehrmals das Gespräch angeboten. Zuletzt in einem Brief. Darin bat er Schnyder um einen Termin. Auf das Angebot ging Schnyder gar nicht ein und retournierte den Brief kurz und bündig. Von dieser Reaktion Schnyders ist Andenmatten *«enttäuscht»*. Doch Andenmatten gibt sich kämpferisch. Falls *«dieser Fall politisch hinterzogen wird, gehe ich bis vors Bundesgericht.»*

Staatsrat Wilhelm Schnyder: Gespräche verweigert, Brief retourniert!

DIANA GOMS

■ Jagdverwaltung und Staatsrat Fournier kneifen vor Podium ■ Komitee fällt Diana Goms in den Rücken ■ Auch Gommer Politprominenz bekommt kalte Füsse

Maulkorb aus Sitten für Werner Lagger, Odilo Schmidt und Fredy Huber

GOMS/SITTEN **– Ein Podium sollte zeigen, wie die kantonale Jagdabteilung zur verfemten Diana Goms steht. Doch einen Monat vor der Austragung bekommt ein Teil des Vorstands kalte Füsse. Auch die sonst Dianafreundliche Gommer Politprominenz: Werner Lagger schweigt gänzlich zum Thema Jagd, Präfekt Odilo Schmidt wurde bereits vor einem Jahr nach Sitten zitiert und Fredy Huber bekam von der gelben Fraktion einen Maulkorb umgehängt.**

VON PATRICK ZEHNER

Seit dem Eklat um die Diana Goms im letzten Jahr sind die Gommer Politiker in Jagdfragen erstaunlich handzahm geworden. Noch 1997 hatte sich etwa Präfekt Odilo Schmidt hinter den damaligen Diana-Präsidenten Helmut Kiechler gestellt. *«Geh den eingeschlagenen Weg weiter»,* forderte er Kiechler an der Diana-GV auf. Und im November 2000 spornte er den Vorstand an: *«Es braucht jetzt politischen Druck, um den Untersuchungsbericht im Vordergrund zu halten!»* Von diesem Elan ist beim Gommer Präfekten nicht mehr viel zu spüren. Im vergangenen Jahr wurde er nach Sitten zitiert. Seitdem geht er auf Distanz zu den unbequemen Leuten innerhalb der Diana Goms. Auch die Gommer Grossräte Fredy Huber (CSPO) und Werner Lagger (CVPO) lassen plötzlich die Finger vom heissen Eisen Jagd. *«Fraktionschef Fredy Huber bekam von seiner eigenen Fraktion einen Maulkorb verpasst!»,* gesteht Grossrat Werner Lagger Kritikern ein. Er selber – vor einem Jahr zum Sekretär des Grossen Rates aufgestiegen – schweigt zum Thema Jagd, will aber selber keinen Maulkorb verpasst bekommen haben. Lagger, Huber und Andreas Wyden hatten noch vor zwei Jahren vehement verlangt, dass Fournier den schubladisierten Untersuchungsbericht endlich auf den Tisch und vor den Grossen Rat bringt.

Zum Blattschuss kommt es nicht: Die Vorwürfe gegenüber der kantonalen Jagdverwaltung bleiben im Raum, die Diana Goms geächtet.

Die Vorwürfe der Diana Goms gegen die Jagdabteilung bleiben im Raum, die Diana selbst geächtet. Ein Podium mit Jean-René Fournier, Narcisse Seppey, Beat Jost und Helmut Kiechler sollte diesem unhaltbaren Zustand Abhilfe schaffen. Doch soweit kommt es gar nicht. Der eigene Vorstand verpasst den Kritikern den Rückenschuss. *«Wir vom Vorstand haben keine Entscheidung über das Wie und Wo des Podiums getroffen!»* lässt Präsident Ernst Hischier die Öffentlichkeit wissen. Dabei hatte das Jubiläums-OK schon am 12. April 2002 beschlossen *«die Jagdverantwortlichen des Kantons Wallis einzuladen, um die ständigen Vorwürfe über das Fehlverhalten der Diana Goms einmal von 'Aug zu Aug' in einer öffentlichen Diskussion bereinigen zu können».* Es wird sogar beschlossen, das Gespräch *«so schnell wie möglich nach der Ausstellung, nach Möglichkeit noch im Juni, abzuhalten.»*

Druck aus Sitten?

«Ich war aber von Anfang an gegen ein Podium, bei dem es primär nur um Vergangenheitsbewältigung geht», widerspricht Ernst Hischier dem Protokoll-Wortlaut. Er kritisiert die Art und Weise, wie Garbely und Kiechler Fournier und Co. eingeladen haben. *«Fournier hat mir gesagt: 'Einen Staatsrat lädt man nicht über einen Leserbrief ein! Das ist neben den Hosen! Schliesslich hat ein Staatsrat Termine'».* Für den Besuch der Jagdausstellung langte es aber allen Jagdverantwortlichen mit Ausnahme Narcisse Seppeys.

Die Frage liegt nahe: Wurde Druck ausgeübt, damit das Podium gar nicht stattfindet? *«Ich wurde von keiner Seite aus unter Druck gesetzt»,* behauptet Hischier keck.

Mordfall «Wolf von Reckingen»

Eine Justiz-Posse mit Ansage!

Mehr als ein Jahr galt der Reckinger Installateur Christoph Imwinkelried als Wolfsmörder. Einziges Indiz in dieser Justiz-Posse: Zwei winzige Blutstropfen in einem Firmenwagen der Marinus Müller AG, den Imwinkelried benutzte. Imwinkelrieds Rechtsanwalt stellte bald den entscheidenden Knackpunkt ins Zentrum: Es war die Jagdabteilung selbst, welche die Blutspuren gefunden, sichergestellt und analysieren lassen hatte. Weder die ordentlichen Ermittlungsbehörden, noch der Untersuchungsrichter Bernhard Tenud hatten die Jagdabteilung dazu ermächtigt. Imwinkelrieds Anwalt stellt klar: *«Da die Jagdabteilung in diesem Verfahren Partei ist, sind erhebliche Bedenken gegen die Unparteilichkeit und die einwandfreie Aufnahme dieses Beweises anzubringen. (...) Dieses Spurenmaterial gelangte auf nicht mehr nachvollziehbare Art und Weise zu einem Labor (...). Diese Beweisaufnahme (...) wurde daher ohne Beizug der ordentlichen Untersuchungsorgane vorgenommen und dadurch völlig entwertet.»* (Berufungsantwort an das Kantonsgericht, 27. August 2001).

Einerseits ist die Rolle der Jagdabteilung im Wolfsfall mehr als zwiespältig: Sie tritt sowohl als Geschädigte als auch als Polizei auf, mit weitgehenden Befugnissen. Andererseits: Die gesetzliche Grundlage ist unbrauchbar, da nicht eindeutig. Wurde der Wolf unabsichtlich geschossen, so liegt die Ermittlung beispielsweise in den Händen der Untersuchungsbehörden. Wurde der Wolf allerdings vorsätzlich abgeknallt, könnte sich die Jagdabteilung auf umfassende Polizeibefugnisse abstützen. Die Folge dieser missratenen gesetzlichen Grundlage: Ein Kompetenzgerangel sondergleichen!

■ Fournier hockt SP- und WWF-Anträge aus
■ Öffentlichkeit wartet auf Jagdbericht
■ Diana Goms wartet auf Rehabilitation

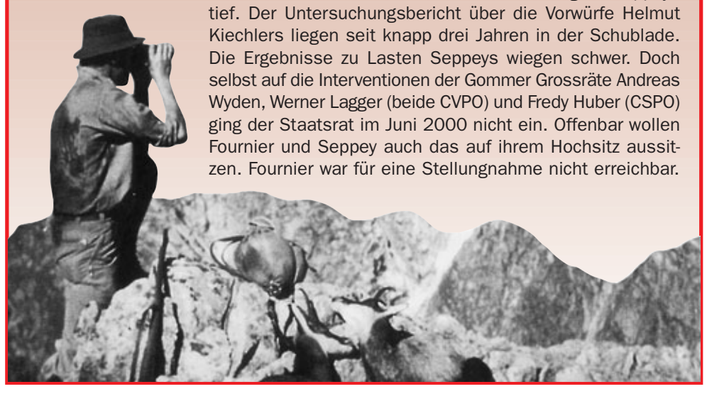
Einmal mehr: Fournier deckt Seppey!

(pz) Narcisse Seppey sitzt seit mehreren Jahren im Verwaltungsrat der Télé Evolène und der Télé Thyon. Beide Firmen sind gewinnorientierte, private Seilbahnen. Eigentlich ist diese Tätigkeit mit seinem Job als Dienstchef unvereinbar. Jedenfalls wenn man das Beamtengesetz zu Rate zieht. Demnach sind *«unvereinbar mit der Beamtentätigkeit (...) Mitgliedschaft eines Verwaltungsrates einer Erwerbsgesellschaft, es sei denn, sie werde im Auftrag des Staatsrates oder mit seiner Bewilligung im Auftrag eines Gemeinwesens ausgeübt.»*

Der WWF Unterwallis reichte letztes Jahr gegen Seppeys Zubrot beim Staatsrat Aufsichtsbeschwerde ein. Seppey und sein Vorgesetzter Jean-René Fournier bogen aber das Gesetz rechtzeitig zurecht. Der Dienstchef für Jagd und Fischerei erhielt von seinem Vorgesetzten den Persilschein, er darf im Auftrag des Kantons seine touristischen Ämtchen weiterhin bestellen. Im Auftrag und öffentlichen Interesse des Kantons.

Trotz Persilschein: Die Fragen bleiben

Aber auch jetzt bleiben Fragen offen: Welche öffentlichen Interessen kann ein Jagdverantwortlicher in einem Seilbahnunternehmen verfolgen? Wie vertragen sich die Interessen des naturschutznahen Wildschutzes mit denjenigen der profitorientierten Naturausbeutung im Sinne des Tourismus? Die Beantwortung dieser Fragen blieb Fournier bislang schuldig. SP-Fraktionschefin Susanne Hugo-Lötscher ärgert sich: *«Ich warte nun bereits mehr als ein Jahr, dass Fournier Stellung nimmt! Aber er weicht einmal mehr kritischen Fragen aus.»*



Waidmann Fournier hält nicht nur da die Gegner Seppeys tief. Der Untersuchungsbericht über die Vorwürfe Helmut Kiechlers liegen seit knapp drei Jahren in der Schublade. Die Ergebnisse zu Lasten Seppeys wiegen schwer. Doch selbst auf die Interventionen der Gommer Grossräte Andreas Wyden, Werner Lagger (beide CVPO) und Fredy Huber (CSPO) ging der Staatsrat im Juni 2000 nicht ein. Offenbar wollen Fournier und Seppey auch das auf ihrem Hochsitz aussitzen. Fournier war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

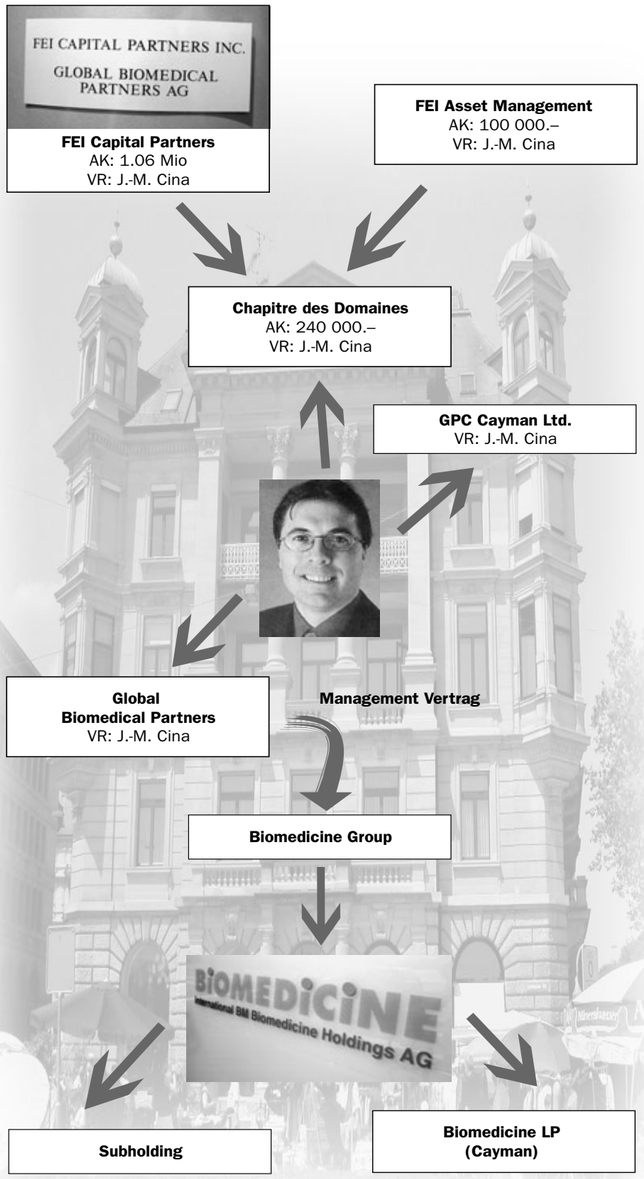
■ Cina-Firma investiert in Steuerfluchtinseln ■ Cina selber hockt in der GPC Cayman

Internationales Steuermonopoly: Jean-Michel Cina wandelt auf Peter Hess' Spuren

SALGESCH/ZUG/ZÜRICH **– Letztes Jahr erregten Peter Hess´ Verwaltungsratsmandate und Steuertricks landesweit Unmut. Hess ist kein Einzelfall: Fraktionskollege Jean-Michel Cina tut es dem Zuger Wirtschaftsanwalt nach: Auch er sitzt im Verwaltungsrat einer Firma, die über ihre Gelder zwecks *«Steueroptimierung»* ausser Landes schafft. Zudem ist er offenbar Verwaltungsrat einer Steueroptimierungsfirma auf den Cayman Islands.**

VON PATRICK ZEHNER

Zürich, Stadthausquai 1, keine fünf Minuten vom Paradeplatz entfernt. Das imposante Gebäude im Herzen von *«Downtown Switzerland»* beherbergt neben Rechtsanwälten, einem Gynäkologenteam, einem Treuhänder auch die Investment-Firmen Global Biomedical Partners, FEI Capital Partners und FEI Asset Management. Letztere haben eines gemeinsam: Der Salgescher CVP-Nationalrat Jean-Michel Cina sitzt bei allen im Verwaltungsrat. Die drei Firmen geschäften aus ein und demselben Büro. Laut Handelsregister beschäftigen sich die FEI (Far East Investment) mit Finanz-Beteiligungen aller Art. Das Geld fliesst vorwiegend nach Fernost.



Zwischen «Steueroptimierung» und Steuerhinterziehung: Cinas Finanzströme laufen immer wieder am Zürcher Stadthausquai 1 zusammen. Hier sitzen nicht nur die FEI Capital und die FEI Asset Management, sondern auch die Global Biomedical Partners. Letztere legt ihr Geld zwecks «Steueroptimierung» auf den Caymans an.

Biomedicine als Steueroptimierer

Brisant ist Jean-Michel Cinas Mitgliedschaft bei den Global Biomedical Partners (GBP). Mittels eines Managementvertrages ist diese mit der Basler Biomedicine verbunden. Biomedicine ist eine verzweigte Investment-Firma, die aus der International BM Biomedicine Holdings AG, sowie einer Subholding und – wohl nur aus steuertechnischen Gründen – einem angeschlossenen Unternehmen auf den Caymans besteht. Offensichtlich hat es die Basler Biomedicine vor allem auf eine erlesene Kundschaft abgesehen. Rund 200 institutionelle und private Anleger teilen sich das Aktienkapital von 21,3 Millionen Franken. Interessant ist zudem der relativ kurze Zeit-Horizont der Anlagen. Während sonstige Anlageberater einen Investitions-Horizont von 10 Jahren vorsehen, investiert die Biomedicine nur zwischen einem und drei Jahren. Optimal zur sogenannten Steueroptimierung! Im Biomedicine-Jahresbericht 2001 heisst es denn auch unzweideutig: *«Biomedicine bietet institutionellen und privaten Anlegern die Möglichkeit, sich auf steuerlich optimierte Art an (..) Unternehmen aus dem Bereich der Life-Science zu beteiligen.»* Dies geschieht über die Cayman-Tochterfirma Biomedicine L.P. Die volle Verantwortung für die Auswahl und das Management der Portfolio-Firmen der Biomedicine trägt die GBP und damit auch Verwaltungsrat Cina. Der CVP-Nationalrat aus Salgesch hockt also ungeniert im Verwaltungsrat einer Firma, deren Zweck die Steueroptimierung einer reichen Klientel ist und deren Geld auf die Cayman Islands verschiebt.

Finacial Times: Steuerhinterziehung

Geht es nach der *«Financial Times»* dann ist das *«offshore banking»,* die Vermögensverwaltung ausserhalb des Ursprunglandes, gleichbedeutend mit Steuerhinterziehung: *«Es gibt verschiedene Definitionen von Offshore- und Onshore-Bankgeschäften. Aber die Bankiers brauchen den Begriff onshore für versteuerte Gelder, während offshore die grossen Geldsummen bezeichnet, die den Steuerbehörden im Herkunftsland der Bankkunden nicht deklariert wurden»,* so die renommierte englische Wirtschaftszeitung. Direkt oder indirekt verdient Cina Geld mit der Steuerflucht. Jean-Michel Cina selbst hockt als Verwaltungsrat zudem in der GPC Cayman Ldt.

Im letzten Jahr hatte das Finanz-Monopoly des Zuger Wirtschaftsanwaltes Peter Hess landesweit für Empörung gesorgt. Hess sass im Verwaltungsrat zahlreicher Briefkastenfirmen auf Steuerfluchtinseln. Dies tut ihm der Neo-Hoffnungsträger der CVP, Jean-Michel Cina, offenbar nun nach.

Cina-Firma Chapitre des Domaines in Zug

Unglaubliches Beteiligungsgeflecht

(pz) Die Chapitre des Domaines SA mit Sitz bei der Treuhandfirma Bohnet & Schlatter ist eine Aktiengesellschaft wie viele andere auch im Steuerparadies Zug. Einziger Zweck ist der *«Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an industriellen und kommerziellen Unternehmungen.»* Sie führt unter anderem auch Finanzierungsgeschäfte aller Art durch. Der Verwaltungsrat besteht allerdings nur aus zwei Personen: Goldküstenbanker Pierre-Alain Mathier aus Salgesch/Feldmeilen und Jean-Michel Cina, Salgesch.

Die Sacheinlage, die bei der AG gemacht worden ist, macht stutzig: Von der Cina-Firma FEI Capital Partners fliessen 99 900 Franken, von der anderen Cina-Firma FEI Asset Management 40 000 Franken in die Cina-Firma Chapitre des Domaines. Damit machen die Aktien aus den FEIs plus 100 Franken Bareinlage 140 000 Franken vom insgesamt 240 000 Franken Aktienkapital aus. Ein unglaubliches Beteiligungsgeflecht!

Steuerparadies Cayman Islands

(pz) Die Cayman-Islands sind **die** Steueroase par excellence und der drittgrösste Finanzplatz der Welt. Bei einer Bevölkerung von 29 200 Personen zählt das Inselchen 60 000 Faxgeräte und 575 Banken. Nicht einmal 100 Banken besitzen überhaupt eigene Räume. Für viele Offshore-Firmen ist die Karibik-Insel aus gutem Grund Fluchtpunkt Nummer 1.

- absolute Steuerfreiheit (keine Einkommens-, Körperschaft-, Erbschaft-, Schenkung- oder Kapitalgewinnsteuern)
- Gesetzlich geschütztes Bankgeheimnis
- Es braucht kein Aktienregister geführt zu werden
- Eine jährliche Aktionärsversammlung ist nicht nötig
- Es können Namens- oder Inhaberaktien mit und ohne Nominalwert ausgegeben werden
- Es besteht zwar Buchhaltungspflicht, die Bücher werden jedoch nicht kontrolliert
- Aktionäre werden im Jahresbericht nicht genannt
- Es bestehen keine Devisenbeschränkungen

Hohes C in der Wirtschaft: «An der Ethik kann man uns erkennen!»

(pz) Die Querelen um hohe Managerlöhne sorgten im vergangenen Jahr auch bei der CVP für rote Köpfe. Die Pressesprecherin der CVP, Beatrice Wertli, liess später gar vollmundig verlauten: *«Die Ethik zieht sich als roter Faden durch unsere Politik. Daran kann man uns und unsere Politik erkennen. Daher ist es der CVP auch unverständlich, wie die Ethik in der Wirtschaftspolitik in der Schweiz zu kurz kommt. Dies ist keine Wirtschaftspolitik, die unser Land zusammenhält. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Wirtschaft auch ihre sozialen Verpflichtungen wahrnimmt. Dafür setzen wir uns ein.»* Und die *«parti suisse»* liess bald Taten folgen. Sie gründete eine Gruppe *«Ethik und Wirtschaft»* unter Vorsitz des Wahl-Wallisers Felix Walker. Massgeblich an deren Gründung beteiligt: Jean-Michel Cina. Dessen Statement auf der CVP-Homepage lässt bezüglich seines VR-Engagements im legalen Monopoly der Steuerflucht allerdings Fragen offen: *«Wichtige Leitplanke unserer Politik ist die Ethik: Nicht alles, was denkbar und möglich ist, nützt der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung…»*

Klone bei Cina-Firma

Seit seiner Wahl in den Nationalrat profiliert sich Cina immer wieder in ethischen Lebensfragen: Kategorisches Njet zu Fristenregelung und Sterbehilfe, (berechtigte) Kritik an der Patentierung von Lebewesen und menschlichen Zellen. Doch zuerst kommt das Fressen, dann die Moral. Pikant nämlich: Die Global Biomedical Partners investieren vor allem in Life-Science-Firmen. Eine unter vielen: Adolor. Diese positioniert sich in der *«Funktionalisierung»* von Genen und verwendet dabei auch geklonte menschliche Nerv-Rezeptoren. Adolor hat in den USA in diesem Bereich bereits 21 Patente angemeldet.

WER STOPPT BETON VOLKEN?

Bauabfälle des Ferienhauses «Engelmatt» eingegraben

Eternit und Holzabfälle in Lax illegal verlocht

So skrupellos führen die Umwelt-Rowdys den Kanton und die Gemeinden an der Nase herum

RECKINGEN/LAX **– Sowohl der Bauherr und die Gemeinde Reckingen haben ausdrücklich die vorschriftsgemässe Entsorgung des abgebrochenen Ferienlagers «Engelmatt» in Reckingen verlangt. Trotzdem haben die Volken Beton AG und Walpen AG tonnenweise Bauabfälle illegal verlocht. Die Kantons- und Gemeindebehörden wurden mehrmals skrupellos in die Irre geführt. Protokoll einer Gaunerei!**

VON KURT MARTI

«Ich habe gedacht, dass sei eine seriöse Firma», beklagt sich der Zürcher Unternehmer Kurt Schneebeli über die Walpen AG und die Volken Beton AG. Schneebeli hat das Ferienlager *«Engelmatt»* in Reckingen gekauft und will dort eine Feriensiedlung bauen. Den Abbruch des Ferienlagers hat er der Firma Walpen übergeben, welche mittlerweile zur Firma Volken Beton AG des Fiescher Betonlieferanten Franz-Josef Volken gehört. Bauherr Schneebeli und die Gemeinde Reckingen haben ausdrücklich verlangt, dass die Bauabfälle vorschriftsgemäss getrennt und entsorgt werden, wie es das Gesetz verlangt. Vergeblich! Empörte BürgerInnen meldeten sich bei der Gemeinde Reckingen und bei der Dienststelle für Umweltschutz und forderten ein Einschreiten. Mitte Mai intervenierte die Gemeinde Reckingen gegen die illegale Entsorgung der Bauabfälle und setzte eine Frist bis am 1. Juni. Wiederum vergeblich! Schneebeli will erst zahlen, wenn die Bauabfälle ordentlich entsorgt sind.

Bauabfälle in einer Grube mitten in der Wiese verlocht

Ein Teil der Bauabfälle (gestrichenes Holz, Ziegel, Eternit, Glas, Türen, Plättli, Isolationsmaterial) wurde auf einen Abfallberg ins Baudepot Reckingen geführt und mit schweren Baumaschinen zusammengedrückt (siehe Seite 10). Ein weiterer Teil der Bauabfälle (Eisenbeton, Ziegel, Heizungs- und Wasserrohre) wurde auf der Wiese westlich des Baudepots der Firma Walpen in Reckingen verlocht. Dafür wurde eine Grube von rund 300 Quadratmeter und vier Meter Tiefe ausgehoben (siehe Fotos unten). Mitte Juni meldete die Firma Walpen an die Gemeinde Reckingen: Sämtliche Bauabfälle sind ordentlich entsorgt. Der Umweltexperte des Kantons kann seine Kontrolle vornehmen.

Das Protokoll

Mittwoch, 19. Juni: Die Ortsschau mit Adolf Imesch

Fortsetzung Seite 10

Verwaltungsräte:

VOLKEN BETON AG
Stefan Volken
Martin Volken
Franz-Josef Volken
(Geschäftsführer)

WALPEN AG
Stefan Volken
Martin Volken
Alban Walpen
Peter Bähler

Kommentar:

Herr Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet, das ist die Quittung für Ihren Persilschein!

(ktm) Als die Gommer Klärschlamm-Profis in einer Wiese bei Lax Hunderte von Tonnen Klärschlamm illegal deponierten und zudeckten, bliess sich Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet mächtig auf und erklärte im Grossen Rat, die Schuldigen würden gebüsst und der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt. Doch dann krebste er jämmerlich zurück und erteilte den Verantwortlichen einen Persilschein. In einem Brief an die *Rote Anneliese* vom September 2001 hält Rey-Bellet fest, dass auf der Klärschlammdeponie in Lax *«keine Auswirkungen mehr erkennbar»* sind. Auf dem Klärschlamm wachse mittlerweile ein Maisfeld, *«so dass der alte Zustand wiederhergestellt ist.»* Bussen gab es keine!

Wer solche Persilscheine verteilt, der muss sich nicht wundern, dass Bauunternehmer wie Franz-Josef Volken auf die Kantonsbeamten pfeifen. Solche Persilscheine sind geradezu eine Ermutigung zur Illegalität. In diesem Sinne trägt Staatsrat Rey-Bellet die politische Mitverantwortung für die unhaltbaren Zustände. Zu bedauern sind nur die emsigen Kantonsbeamten, welche vom eigenen Staatsrat buchstäblich im Regen stehen gelassen werden.

1) Vier Meter tief in der Wiese schlummern die Bauabfälle.

2) Beton Volken lässt den «Schatz» heimlich heben.

3) Volken-Camions kippen den «Cocktail» illegal auf die Deponie in Lax.

4) Statt Bäume wachsen im geschützten Uferhang des Rottens Eisendrähte.

5) Beton Volken: «Sauber getrennte Abfälle sind günstiger zu entsorgen!» Volken-Deponie in Lax.

6) Irregeführte Kantonsbeamte stehen im strömenden Regen und finden «nur» sauberes Erdmaterial.

Fortsetzung von Seite 9

von der Dienststelle für Umweltschutz sowie dem Gemeindepräsidenten Rolf Blatter findet statt. Hierfür wird die Grube bis auf anderthalb Meter ausgehoben. Weil die Bauabfälle viel tiefer lagern, kommen die Bauabfälle nicht zum Vorschein. Die Verantwortlichen der Firma erklären erneut, dass sie die Bauabfälle ordentlich entsorgt haben. Die Kantonsbeamten reisen nach Sitten und Gemeindepräsident Blatter erwartet bis zur Urversammlung vom 25. Juni den Persilschein des Kantons. Beton Volken kann sich die Hände reiben. Schneebelis Bedingungen sind erfüllt. Er wird die Abbruchrechnung bezahlen.

Freitag, 21. Juni: Aufgrund der Intervention der *Roten Anneliese* setzen die Kantonsbeamten eine weitere Ortsschau auf Montag, den 24. Juni, an. Diesmal wollen sie tiefer graben lassen. Doch im Verlauf des Freitags sind auch die Beton Volken AG und die Walpen AG informiert. Während des Nachmittags werden die Bauabfälle ausgegraben und mit Volken-Camions auf die Volken-Deponie *«Ey»* in Lax geführt. Schätzungsweise 20 Camionladungen werden dort illegal deponiert. Ein Teil der vorher deponierten Bauabfälle aus Holz, Eternit, Ziegel und Isolationsmaterial werden dabei überdeckt. Ein weiterer Teil der Bauabfälle wird den Uferhang zum Rotten hinuntergekippt, notabene in ein kantonal geschütztes Gebiet!

Asbesthaltiges Eternit auf der grünen Wiese. Franz-Josef Volken mit ISO 9002-Qualitätszertifikat gibt sich die Ehre.

«Klein und fein»: Holz, Eternit und Ziegelsteine geschreddert.

Montag, 24. Juni: Punkt 8.30 Uhr treffen sich auf dem Baudepot der Firma Walpen in Reckingen Adolf Imesch und Urs Andereggen von der Dienststelle für Umweltschutz, der Gemeindepräsident Blatter sowie Peter Bähler und Alban Walpen von der Walpen AG. Von der Firma Volken Beton lässt sich niemand blicken. Bähler droht zuerst den Kantonsbeamten mit dem Anwalt. Obwohl die Bauabfälle nicht mehr da sind und dies die Verantwortlichen auch wissen, lässt man die Kantonsbeamten bei strömendem Regen drauflosgraben. Nach rund einer halben Stunde wird die Übung auf Intervention der *Roten Anneliese* abgebrochen. Die anschliessende Besichtigung der Bauabfälle auf der Volken-Deponie in Lax macht alles klar. Die Umwelt-Rowdys der Beton Volken AG und der Walpen AG sitzen in der Falle. Der Kanton behält sich laut Imesch eine Strafuntersuchung vor.

Ein Bauunternehmer: «Das ist eine Gaunerei!»

Gar keine Freude über die illegale Entsorgung der Bauabfälle hatten auch die konkurrierenden Bauunternehmer. Auch sie hatten Offerten eingereicht, jedoch die ordentliche Entsorgung mit rund 60 000 Franken budgetiert. Logischerweise lagen sie mit Totalkosten von rund 220 000 Franken weit über dem Angebot der Firma Walpen, welche bloss 160 000 Franken verlangten. Ein Bauunternehmer erzürnt: *«Das ist eine Gaunerei! Wenn wir die Bauabfälle einfach verlochen, dann wären wir auch billiger.»*

Eigenmächtiger Franz-Josef Volken:

«Das Material am Rande der Rhone kann dort bleiben!»

(ktm) Die Deponie *«Ey»* in Lax gehört der Firma VOBO GmbH, vertreten durch Franz-Josef Volken und Alfred Bodenmann. Auf der Deponie darf nur sauberes Erdmaterial aufgeschüttet werden. Vor einem Jahr wies die *Rote Anneliese* auf die illegale Materialablagerung am Rottenufer hin. Daraufhin fand eine Ortsschau mit Gemeinde- und Kantonsvertretern statt.

Bauabfälle im geschützten Uferhang

Die Kantonsvertreter hielten fest, dass Franz-Josef Volken das Erdmaterial aus dem geschützten Ufer- und Waldgebiet des Rottens entfernt und die Uferböschung mit Gebüschen und Bäumen wieder begrünt. Die Kantonsbeamten setzten eine Frist bis Ende 2001. Doch Franz-Josef Volken dachte nicht daran. In einem Brief an die Kantonsbeamten und den Laxer Gemeindepräsidenten Jean-Pierre Schnyder hielt er unverfroren fest: *«Das Material am Rande der Rhone kann dort bleiben.»*

Den Weisungen des Kantons und der Gemeinde ist Volken bis heute nicht gefolgt. Stattdessen hat er noch weit grössere Mengen Bauabfälle den Uferhang hinuntergekippt, unter anderem auch vom Abbruch des Ferienhauses *«Engelmatt»*. Es stellt sich einmal mehr die Frage: Wer stoppt den Umwelt-Rowdy Franz-Josef Volken?

Statt Bauabfälle zu trennen:

Holz, Eternit, Ziegelsteine und Isolationen zusammen geschreddert!

(ktm) Ein Teil der Bauabfälle (bemaltes Holz, Türen mit Glas, Eternit, Ziegel und Isolationsmaterial) des Ferienhauses *«Engelmatt»* wurde ebenfalls auf dem Baudepot in Reckingen gelagert. Statt diese Abfälle vorschriftsgemäss zu trennen, wurden sie vermischt und mit schweren Baumaschinen zusammengedrückt. Am selben Ort brannte Mitte April ein riesiger Haufen mit Bauabfällen ein ganzes Wochenende und schwärzte den Reckinger Himmel ein.
«Sauber getrennte Bauabfälle sind in der Regel günstiger zu entsorgen!» steht auf der Homepage der Firma Beton Volken, welche sich aus unerfindlichen Gründen mit dem TÜV-Qualitätslabel ISO 9002 brüstet. An die Kundschaft geht zudem die Aufforderung: *«Im Interesse unserer Umwelt, laden wir Sie freundlich ein, die Verantwortung für die Entsorgung von Baumaterialien wahrzunehmen.»*

Das war für die Schredderanlage zuviel!

Aufgrund der Vermischung der Materialien war eine vorschriftsgemässe Trennung und Entsorgung fast unmöglich. Weil die Gemeinde intervenierte, konnte das Material auch nicht mehr verbrannt werden. Deshalb kam die Schredderanlage zum Einsatz und hackte asbesthaltiges Eternit, bemaltes Holz, Betonreste, Glas, Türen, Isolationsmaterial und Ziegel kurz und klein. Das war selbst für die Schredderanlage zuviel! Nach der Hälfte stieg sie aus. Unklar ist, wohin die geschredderten Bauabfälle anschliessend gelangten. Für die ordnungsgemässe Verbrennung in der KVA in Gamsen macht eine solche Zerkleinerung keinen Sinn, wie der kantonale Umweltinspektor Imesch bestätigt. Er hat die Firma aufgefordert, den Entsorgungsweg sämtlicher Materialien zu dokumentieren.
Die nichtgeschredderte Hälfte des Abfallberges und ein grosser Teil des Eternits wurde auf die Volken-Deponie *«Ey»* in Lax gekippt. Auf dieser Anlage darf laut Bewilligung nur sauberes Erdmaterial aufgefüllt werden. Das Einfüllen von Bauabfällen der geschilderten Art ist laut Inspektor Imesch *«rechtswidrig»*.

Die wahren Gründe für die überraschende Demission von Pfarrer Peter Klingele

Seilziehen mit Bischof Norbert Brunner

SITTEN – **Im letzten Februar wurde Pfarrer Peter Klingele vom Arzt krankgeschrieben und trat von seinem Amt als Pfarrer der Gemeinden Oberwald, Obergesteln und Ulrichen zurück. Voraus ging ein längeres Seilziehen mit Bischof Norbert Brunner. Auch andere Priester bekunden Mühe mit der bischöflichen Umgangsart. Einige reden von «Führungskrise».**

VON KURT MARTI

Vor fünf Jahren trat der damals 28-jährige Priester Peter Klingele seine Stelle als Gemeindepfarrer von Oberwald, Obergesteln und Ulrichen an. Immer wieder hat er seither dem Bischof signalisiert, dass er in einem Seelsorge-Team arbeiten möchte. Im Laufe der Jahre wurde für Klingele klar, dass er nicht länger Pfarrer der obersten drei Gommer Gemeinden bleiben wollte, obwohl seine Arbeit von den EinwohnerInnen sehr geschätzt wurde. Nach reiflicher Überlegung sah er seine priesterliche Zukunft nicht mehr als Einzelkämpfer in einer Gemeinde, sondern wollte sein langjähriges Anliegen nach einer Seelsorge in einem Team beziehungsweise das Leben und Wirken in einer Gemeinschaft verwirklichen. In ihm reifte der Entschluss, mit einer Sabbat-Zeit sich neu zu orientieren und sich dann definitiv zu entscheiden.

Bischof Brunner zeigte wenig Gehör

Erste Gespräche mit dem Bischof folgten. Doch dieser hatte von Anfang an wenig Gehör für das Anliegen Klingeles. Dieser fühlte sich vom Bischof unverstanden. Weitere Gespräche folgten. Klingele wies den Bischof auf die zunehmenden, gesundheitlichen Probleme hin, welche durch den Gewissenskonflikt und die gleichzeitige grosse Belastung durch die Betreuung der drei Gemeinden entstand. Statt die gesundheitlichen Probleme Klingeles wahrzunehmen, forderte der Bischof jedoch weiterhin Gehorsam.

Ein Schock für Klingele

Aufgrund von Gesprächen mit befreundeten Priestern und der ärztlichen Meinung reichte Klingele beim Bischof seine Demission ein. Der Bischof reagierte auf die Demission, in dem er die Versetzung Klingeles zum Spitalpfarrer von Visp verfügte. Ohne mit Klingele darüber gesprochen zu haben und ohne Rücksicht auf den Gewissenskonflikt und die gesundheitlichen Probleme. Ein Schock für Klingele!

Unverständnis und Kopfschütteln

Diese bischöfliche Order war für die ohnehin angeschlagene Gesundheit Klingeles zuviel. Sein Arzt schrieb ihn sofort arbeitsunfähig und verschrieb ihm einen sofortigen Kuraufenthalt. Seither ist Klingele immer noch krankgeschrieben und arbeitsunfähig. In seinen ehemaligen Pfarrgemeinden liess er einen Erklärungsbrief verlesen und hielt etwas später einen Abschiedsgottesdienst. In der Abschiedspredigt redete er offen über sein Ringen und Suchen und den Konflikt mit dem Bischof.

Die unnachgiebige Haltung des Bischofs gegenüber Pfarrer Klingele stiess in der Bevölkerung und bei Priestern auf Unverständnis und Kopfschütteln. Offenbar ist dies kein Einzelfall.

Verheizen von Menschen

Immer mehr kirchliche MitarbeiterInnen im Oberwallis bekunden mit der Umgangsart von Bischof Brunner und seines Generalvikars Josef Zimmermann grosse Mühe. Einige von ihnen reden von *«Führungskrise»* und vom *«Verheizen von Menschen»*.

Bischof Norbert Brunner schaffte den Sprung in die Moderne nur auf dem Motorrad. Unter den kirchlichen Mitarbeitern stösst sein «Fahrstil» zunehmend auf Kritik.

Minergie-Standard:

Bürgerliche Betonfraktion zurück ins energiepolitische Mittelalter!

SITTEN – **Währenddem landauf, landab frischfröhlich Energielabels verteilt werden, hat das Walliser Parlament den Rückwärtsgang eingeschaltet. In der Junisession beschloss die bürgerliche Betonfraktion, dem Minergie-Standard die Krallen zu ziehen. Die Linke wehrte sich vergeblich gegen diesen Schritt zurück ins energiepolitische Mittelalter.**

VON GERMAN EYER

Der Kanton Wallis spielte für einmal im Zusammenhang mit MINERGIE in der ganzen Schweiz eine Vorreiterrolle. Wie in den Kantonen Zürich und Thurgau ist der Minergie- Standard im Wallis sowohl für private wie auch öffentliche Gebäude gut unterwegs.

Fakten sprechen eine klare Sprache

Eine Umfrage der *Roten Anneliese* bei Leuten, die in Minergie-Gebäuden wohnen und bei Lehrpersonen, die in Minergie-Schulhäusern unterrichten, zeigt: Die Wohnqualität in diesen Gebäuden ist um ein Vielfaches höher als in konventionellen Häusern. Diese Steigerung der Wohnqualität lässt sich zwar nicht in Franken ausdrücken, der Energieverbrauch sehr wohl: In Minergie-Gebäuden wird der Energieverbrauch um die Hälfte reduziert, nämlich von durchschnittlich 9 Litern Heizöl auf 4.5 Liter pro Quadratmeter. Das senkt längerfristig die Betriebs- und Unterhaltskosten und rechtfertigt bei weitem die um 1-2 Prozent höheren Investitionskosten.

Betonfraktion setzte sich durch

Der wichtige ökologische Umbau für den Kanton Wallis wollte der Betonfraktion im Walliser Parlament noch nie in den Kopf. In der Junisession starteten sie einen weiteren Angriff auf den fortschrittlichen Minergie-Standard. Neu soll der Kanton bei jedem von ihm subventionierten Umbau die Wirtschaftlichkeit nachweisen. Die Absicht ist klar und durchschaubar: Bei jedem kantonalen Bauvorhaben soll eine Debatte über die Wirtschaftlichkeit von Minergie losgetreten werden, um dann im Zeichen einer kurzfristigen Sparhysterie den Minergie-Standard auszuhebeln.

Wie Lemminge zurück in die Vergangenheit

Die guten Argumente der linken Fraktion prallten bei der Betonfraktion ab wie Regentropfen an den Windschutzscheiben. Wie Lemminge folgte die bürgerliche Mehrheit dem Antrag der CVP Unterwallis. Neben der geschlossenen SP-Fraktion zeigten zumindest einige gelbe Grossräte energiepolitischen Sachverstand und stimmten gegen die Aushöhlung des Minergie Standards.

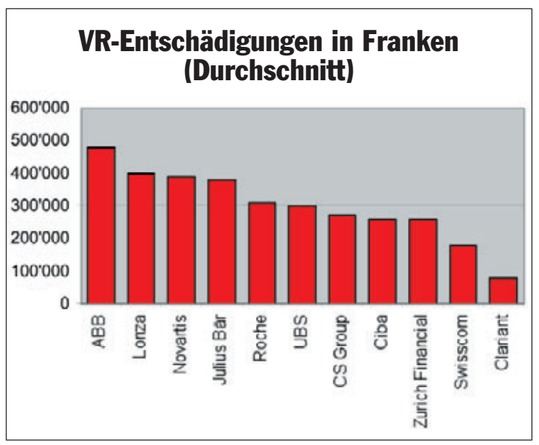
LONZA: Lohnerhöhung für Ebner und Marchionne 2001: 333 Prozent!
Lohnerhöhung für Lonza-Arbeiter 2001: 3 Prozent

Ebner, Marchionne und Co. zockten 2001 jeweils 400 000 Franken ab!

ViSP – **Die Lonza spielt auch bei den Verwaltungsratshonoraren in der NLA. Während die Gewerkschaften unten um ein paar Franken Lohnerhöhungen kämpfen müssen, garnieren sich Ebner, Marchionne und Co. oben selber Spitzenlöhne. In der Schweiz kassierten im vergangenen Jahr nur die Verwaltungsräte der ABB mehr!**

VON PATRICK ZEHNER

Für vier formelle Sitzungen pro Jahr erhielten die Herren Martin Ebner, Sergio Marchionne, Rupert Gasser, Dr. Peter Kalantzis und Dr. Bernard Mach im letzten Jahr 400 000 Franken. Eine gewaltige Lohnerhöhung! Denn noch im Jahr 2000 mussten sie sich mit 120 000 Franken *«bescheiden»*. Grund für die 333 prozentige Lohnerhöhung: Ebner und Co. liessen sich das Geschäftsjahr mit Optionen versüssen. Derweil durften sich die Arbeiter 2001 mit 3 Prozent begnügen. In der Schweiz verdienten im letzten Jahr nur die Verwaltungsräte der kriselnden ABB mehr! (vgl. Grafik) Ebner und Marchionne legen die Anstellungsbedingungen jeweils selber fest. Sie bestimmen dementsprechend, wieviel sie selbst verdienen. Denn Finanz-Jongleur Ebner weiss, wie man Steine vergoldet. 2000 hatte Ebners Verwaltungsrat durchgedrückt, dass Mitarbeiter in Schlüsselpositionen Optionen erhalten. 2001 vergoldeten die 78 Prozent Optionsanteil, die sich der VR zusprach, das Jahresgehalt. Satte 280 000 Franken löste das Quintett daraus an der Börse.



Martin Ebner und Sergio Marchionne spielen Weihnachtsmann: 400 000 Franken VR-Entschädigung für vier formelle Sitzungen. Nur die ABB zahlt mehr! *(Quelle: Geschäftsberichte 2001)*

Die Lärmgrenzwerte entlang der A9 im Bereich Napoleonbrücke-Kastel-Stützen werden seit bald 20 Jahren überschritten. Die AnwohnerInnen warten immer noch auf die Lärmschutzwände.

Schon A9-Lärmstudie von 1986 zeigte:
Grenzwerte im Kastel werden überschritten

Erst jetzt rückt Sitten mit der Wahrheit heraus!

BRIG-GLIS – **Schlamperei bei der Sektion Nationalstrassenbau Oberwallis: Seit 1986 verlangen die A9-AnwohnerInnen im Gebiet Napoleonbrücke-Kastel-Stützen den Bau von Lärmschutzwänden. Immer lautete vom Kanton die Antwort: Die Grenzwerte werden eingehalten. Erst jetzt rückt Sitten mit der Wahrheit heraus: Die Grenzwerte wurden schon im Jahr 1986 überschritten. Das zeigt eine offizielle ETH-Studie. Trotzdem geht die Schlamperei weiter!**

VON KURT MARTI

In einem Brief an die Kastel-AnwohnerInnen hält Charles Schwarzen, der kürzlich pensionierte Chef der Sektion Nationalstrassen Oberwallis (SNO), ohne Umschweife fest, *«dass tatsächlich östlich der Napoleonbrücke im Bereich Kastel Immissionsgrenzwert-Überschreitungen durch Expertisen belegt wurden (N9 Brig-Simplon, Lärmmessungen 1986, Brig, Plan-Dok. 4.P6.60.39.64).»*

Bis heute warten allerdings die AnwohnerInnen vergeblich auf die Lärmschutzwände, obwohl sie seit Mitte der 80er-Jahre ständig in Sitten und bei der Gemeinde Brig-Glis intervenierten. Immer behauptete das Baudepartement in Sitten: Die Grenzwerte werden nicht überschritten. Im Jahr 1995 antwortete der damalige Staatsrat Bernard Bornet in einem harschen Brief an die betroffenen AnwohnerInnen, *«dass allgemein die Immissionsgrenzwerte weder erreicht noch überschritten sind.»* Dabei stützte er sich auf Lärmmessungen von ETH-Professor E. J. Rathe. Die 1986er-Studie hingegen erwähnte Bornet mit keinem einzigen Wort.

Schlamperei geht weiter

Der Gemeinderat von Brig-Glis stellte sich auf die Seite der AnwohnerInnen und verlangte bereits 1989 die Verlängerung der Lärmschutzwände im Holzji über die Napoleonbrücke hinaus ins Gebiet Kastel-Stützen. Alles half nichts. Das Baudepartement zeigte kein Gehör. Auch der ehemalige Stadtpräsident Peter Planche verwies auf die eingehaltenen Grenzwerte und vertröstete die AnwohnerInnen: *«Es gibt wahrscheinlich sehr viele Quartiere in unserer Stadt, die mit höheren Lärmimmissionen belastet sind.»* Erst als im Juni letzten Jahres die Briger Stadtpräsidentin Viola Amherd in Sitten intervenierte und für das Gebiet Kastel die rechtsgleiche Behandlung mit dem Holzji verlangte, kam wieder Bewegung ins Dossier. Professor Rathe wurde mit einer erneuten Lärmmessung beauftragt. Diese Expertise liegt dem Kanton inzwischen vor. Andrea Amherd vom SNO-Rechtsdienst bestätigte zwar in einem Brief an die AnwohnerInnen, dass im Gebiet Kastel die Grenzwerte schon seit 1986 überschritten werden. Doch sie bittet in bürokratischer Manier die AnwohnerInnen *«um ihr Verständnis»*, weil man *«die Lärmsanierung aus praktischen und administrativen Gründen nicht in zwei Dossiers aufteilen»* könne. Auch sie weiss guten Rat für die Lärmgeplagten: In den Herbst- und Wintermonaten 2001 sei mit weniger Lärm zu rechnen, weil *«der Lastwagenverkehr doch erheblich zurückgeht.»* Mit dem Tunnelbrand am Gotthard war und ist das Gegenteil der Fall.

Keine Auskunft, keine Zitate!

Auf Anfrage der *Roten Anneliese* blockte SNO-Juristin Amherd konsequent ab. Erstens sei nicht mehr sie für das Dossier zuständig, sondern aus unerfindlichen Gründen ihr Unterwalliser Kollege. Zweitens könnten sie und ihr Kollege überhaupt nichts zum aktuellen Stand und über die Ergebnisse der neusten Lärmmessungen sagen. Der Journalist solle sich an den Informationschef des Kantons wenden. Dieser wisse dann wirklich nicht Bescheid, aber werde sich mit jenen in Verbindung setzen, die Bescheid wüssten. Dann müsse Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet und möglicherweise der Gesamtstaatsrat (!) entscheiden, was gesagt werden dürfe. Schlussendlich verfügte sie ein Zitierverbot. Zu Befehl!

FO-Ostausfahrt:

■ Wegen kurzsichtiger Billigvariante 35 Arbeitsplätze akut gefährdet

Welche Interessen vertritt FO-Direktor Rolf Escher?

BRIG/NATERS – **Das Oberwallis ist eine Bahnregion. Viele Lohnabhängige finden ihr Einkommen bei der Bahn. Sollen die wertvollen Arbeitsplätze im Oberwallis erhalten bleiben, müssen die Bedürfnisse der verschiedenen Bahngesellschaften aufeinander abgestimmt werden. Mit der Realisierung der FO-Ostausfahrt sollen die Weichen aber genau ins Gegenteil gestellt werden. Wegen der billigeren FO-Ostausfahrt-Variante droht der Bahnhof Brig massiv redimensioniert zu werden. 35 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.**

VON GERMAN EYER

Unbestritten ist: Die FO muss aus dem Siedlungsgebiet der Gemeinde Naters raus. Dafür braucht es die Ostausfahrt auf Briger Seite. Wird jedoch die billigste Variante realisiert, kommt es zu einem Kahlschlag beim Rangierbahnhof der SBB.

Billigvariante verdrängt Rangierbahnhof

Weil die Geleiseanlagen bei der Formationsgruppe O aus Platzgründen wegen der FO-Ostausfahrt um zwei Drittel verkürzt, respektive redimensioniert werden, wird ein vernünftiges Rangieren nicht mehr möglich. Wegen den zu kurzen Rangiergeleisen ist eine Zerlegung der Güterzüge im Einzelwagenladungsverkehr überhaupt nicht mehr möglich. Dadurch wird die SBB wichtige Kunden wie die Lonza in Visp oder die Alcan in Steg verlieren.

Springen die wichtigsten Kunden ab?

Die Lonza wickelt ihren Güterverkehr zum überaus grössten Teil auf der Schiene ab. Umgekehrt verlangt die Lonza aus logistischen Gründen von der Bahn, dass die Güterzüge formiert werden. Das heisst: Die Züge müssen so zusammengestellt werden, dass die gedeckten Wagen, die Container-Wagen oder die Hochdruckgaswagen jeweils eine Einheit darstellen. Das Zusammenstellen der Züge, wie von der Lonza verlangt, wäre bei der Realisierung des jetzt vorliegenden Projektes für die FO-Ostausfahrt überhaupt nicht mehr möglich. Auch würde das Rangieren von anderen langen Güterzügen im Einzelladungsverkehr in Brig verunmöglicht. Insgesamt sind 35 Arbeitsplätze ernsthaft in Gefahr.

Einseitig auf Billigvariante gesetzt

Ursprünglich standen Varianten mit einer Linienwahl oberhalb der Tunnelportale des Simplontunnels zur Diskussion. Technisch wären diese ohne weiteres machbar. Aus finanziellen Gründen befanden es die verantwortlichen Planer aber für nicht notwendig, detaillierte Abklärungen zu treffen. Man setzte einseitig auf eine Billigstvariante ohne die fatalen Folgen für die Arbeitsplätze auf dem Rangierbahnhof zu bedenken. Hinzu kommt, dass es im Oberwallis keine Alternative für das Rangieren der langen Güterzüge gibt. Zur Zeit wird abgeklärt, ob diese Züge in St. Maurice oder Lausanne formiert werden könnten. St. Maurice kommt wegen Kapazitätsengpässen kaum in Frage. In Lausanne ist mit erbittertem Widerstand der betroffenen AnwohnerInnen gegen eine Erweiterung des Rangierbahnhofs zu rechnen.

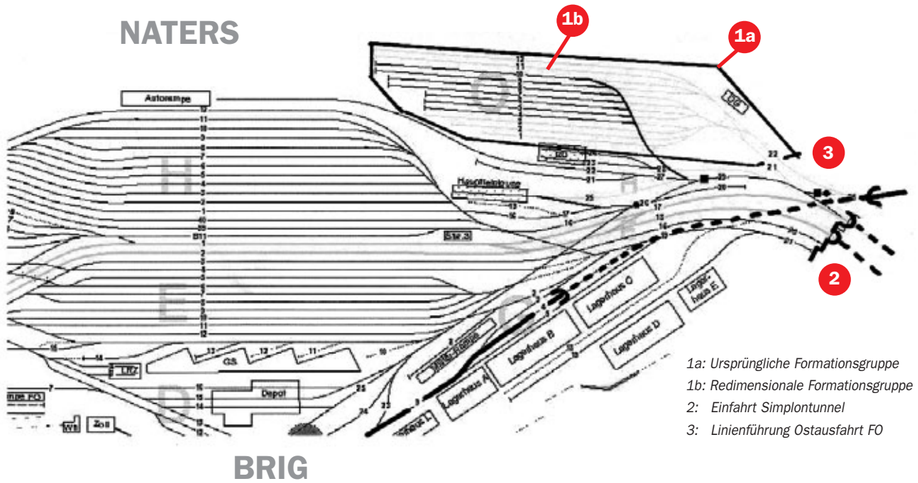
Noch mehr Güter auf die Strasse

Wird das Rangieren von langen Zügen im Oberwallis verunmöglicht, werden noch mehr Güter von der Schiene auf die Strasse verschoben.

Damit wäre nicht nur die Region Brig, sondern das gesamte Wallis betroffen. Zum einen wegen den hohen Emissionen des Strassengüterverkehrs, zum anderen wäre die Sicherheit der Bevölkerung wegen den gefährlichen Gütern auf der Strasse noch weniger gewährleistet.

In den nächsten Wochen soll ein Variantenentscheid für die Ostausfahrt fallen. Die entscheidende Frage ist: Wird FO Direktor Escher die Interessen seiner Bahn vertreten oder wird er als Ständerat mit einer weitsichtigen Variante für die Gesamtinteressen des Oberwallis eintreten? Wir sind gespannt.

FO-Ostausfahrt, Einbindung O-Gruppe, Lösungsansatz Ost



Die Weichen richtig stellen: Welche Interessen liegen FO-Direktor Escher näher: Die FO oder die Gesamtinteressen des Wallis?

100 Jahre nach dem Streik am Simplon:

■ Schlechte Arbeitsbedingungen ■ Nur ein Streik bringt die Bauherren zur Raison

Es hat sich kaum etwas geändert!

FERDEN/BRIG – **Mitte April 2002 legten die Tunnelarbeiter in Ferden die Arbeit nieder. Trotz Versprechungen hatten sich die schlechten Arbeitsbedingungen auf der NEAT-Baustelle um keinen Deut verbessert. Szenenwechsel: Der Streik der Tunnelarbeiter am Simplon fand vor über hundert Jahren statt. Doch anders als in Ferden wurde der Streik am Simplon durch die Armee brutal niedergeschlagen.**

Nichts geht mehr: Der Streik in Ferden brachte endlich die geforderten Verbesserungen.

VON GERMAN EYER

Szene 1: Ferden

18. April 2002, fünf Uhr früh: Es ist bitter kalt vor dem Portal der NEAT. Die GBI trifft die letzten Streikvorbereitungen: Transparente werden aufgehängt, ein Zelt aufgerichtet, warmes Wasser zubereitet. Plötzlich tauchen dunkle Gestalten aus dem finsteren Stollen auf. Die Arbeiter der Nachtschicht kommen aus dem Berginnern und treten ans Tageslicht. Sie sind überrascht vom Auftritt der Gewerkschafter. Doch nach einer Tasse Kaffee bleibt die Nachtschicht noch Stunden auf dem Streikplatz. Sie solidarisieren sich mit den Arbeitern der anderen Schichten. Sie machen damit deutlich: Die Arbeitsbedingungen müssen jetzt endlich verbessert werden.

Szene 2: Simplon

7. November 1899, vor dem Portal des Simplontunnels in Brig, Zahltag. Seit Baubeginn schon klagen die Arbeiter über schlechte Arbeitsbedingungen und über schlechte Löhne. Bisher haben sie die Faust nur im Sack gemacht. Sie wissen: Für jeden, der stänkert, warten zwei Arbeitslose, die für einen noch lausigeren Lohn in den Stollen fahren. Doch an diesem Tag ist das Mass voll. Spontan treten die Arbeiter in den Streik.

Szene 3: Ferden

Die ersten Sonnenstrahlen brechen durch. In der Zwischenzeit hat sich auch die Frühschicht der Arbeitsniederlegung angeschlossen. Die Arbeiter sitzen an langen Tischen. Alle haben dieselben Forderungen: Bessere Arbeitsbedingungen, endlich saubere Luft, weniger Staub, Hitze und Lärm. Die Stollenarbeiter verstehen sich. Sie sprechen die Sprache der Arbeiter.

Szene 4: Simplon

Kleiner Erfolg für die Arbeiter vor dem Simplontunnel: eine leichte Lohnaufbesserung, die geforderte Arbeiterkommission wird Tatsache. Wenige Tage nach dem Streik treten 350 Arbeiter der Gewerkschaft bei. Auf ihre Weise beugt die Baufirma neuen Streiks vor. Sie rüstet zur Treibjagd auf die Streik-Initianten und schickt dem Justiz- und Polizeidepartement eine Liste mit 41 Namen. Zuoberst: der ‚sehr gefährliche' Domenico Recantani.

Szene 5: Ferden

Vor dem Stollen in Ferden steht der nächste Schichtwechsel bevor. Gegen 14 Uhr treffen die Tunnelarbeiter auf der Baustelle ein. Poliere und Vorarbeiter machen Druck auf ihre Arbeiter. *«Wenn ihr an dieser Arbeitsniederlegung mitmacht, riskiert ihr den Job!»* Die Kaderleute wollen den Streik brechen. Seite an Seite versperren Tunnelarbeiter und Gewerkschafter den Weg ins Berginnere. Plötzlich fliegen Fäuste. Ein knappes Dutzend Arbeiter kämpft sich brutal durch die Menge und verschwindet in der Dunkelheit. Die meisten Arbeiter der Nachmittagsschicht schliessen sich aber der Arbeitsniederlegung an.

Szene 6: Simplon

Gewerkschafter Domenico Recantani wird noch im selben Jahr des Landes verwiesen. Für Proteste ist es zu spät. Eine Kompanie Soldaten aus Sitten trifft in Brig ein. Die Arbeiter werden aufs Baugelände zitiert, um die Löhne auszuzahlen. Beim Eingang zum Baugelände werden sie einzeln von Soldaten abgeholt und zum Lohnbüro geführt. Hinter dem Beamten, der den Lohn auszahlt, stehen *«Akkordanten und Unterakkordanten.»* Sie verpetzen Kollegen, verraten, wer zur Gewerkschaft gehört, wer beim Streik eine aktive Rolle spielte. Am folgenden Tag wird auf allen Baustellen wieder gearbeitet. Jeder fünfte Arbeiter fehlt.

Szene 7: Ferden

Der Kampf der Tunnelarbeiter hat sich gelohnt: Massnahmepläne zur Sicherung der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter werden vereinbart. Neu bestimmen sie mit, wann die Arbeit wegen schlechten Bedingungen abgebrochen wird. Die seit langem geforderten Partikelschutzfilter an den Baumaschinen werden endlich montiert. Im Norden wird der Vortrieb eingestellt bis das Kühlsystem installiert ist. Alle Tunnelarbeiter werden von Arbeitsmedizinern untersucht.

Christa Wolf
Kein Ort. Nirgends

Christa Wolf ist eine der Autorinnen von Weltrang, die man unmittelbar mit der ehemaligen DDR verbindet. 1929, aufgewachsen in der blutigen Zeit des Faschismus, verlief ihr Weg wie für viele dieser Generation parallel zum Entstehen des sozialistischen Staates. Früh wurde sie mit ihren Büchern, Essays und Reden – oft gegen Parteibonzen und Literaturwächter – zu einer moralischen Instanz. Die Aufgabe der Literatur sieht sie in der «Erkundung der blinden Flecken der Vergangenheit». Dabei hat sie die Einmischung in die Konflikte der Zeit nicht gescheut – auch im Westen wurde sie zu einer Identifikationsfigur für die Frauen- und Friedensbewegung.

VON HILAR EGGEL

Eine begnadete Erzählerin

Als begnadete Erzählerin verbindet Christa Wolf Autobiografie und intellektuelle Reflexion wie selbstverständlich mit mythologischen und historischen Bezügen. Scheinbar mühelos verknüpft sie ihre Gedanken und Gefühle zu einem dichten, vielschichtigen und mehrdeutigen literarischen Textgewebe. Andererseits gibt es aber auch jene Christa Wolf, die sich nicht zu trennen vermag von ihrem Wunsch, sich zu rechtfertigen für ihre frühe Mitarbeit bei der Stasi zu Beginn der sechziger Jahre und für ihren späten Austritt aus der SED im Sommer 1989. Es scheint als komme Christa Wolf nicht mit der Tatsache klar, dass sie nicht dezidierter Stellung gegen den damaligen Staat der DDR bezog.

Kreative Tätigkeit

In den siebziger Jahren stürzte sich Christa Wolf in die Arbeit. Es war wohl ihr produktivstes Jahrzehnt. Es gelang ihr, den Widerspruch, der darin bestand, zu bleiben und doch insgeheim Abschied zu nehmen, in Kreativität umzusetzen. In den siebziger Jahren erschienen ausser dem Essays «Lesen und Schreiben», der Erzählband «Unter den Linden», die Filmvorführung «Till Eulenspiegel», der autobiographische Rückblick «Kindheitsmuster», die Erzählung «Kein Ort. Nirgends» und das berühmte Werk «Nachdenken über Christa T». Auch die erst nach der Wende veröffentlichten Erzählungen «Sommerstück» und «Was bleibt» entstanden Ende der siebziger Jahre.

Preisgabe ihrer Ambivalenz

Was Christa Wolf, so wie sie in ihren Texten spürbar wird, für viele Leserinnen und Leser bedeutend macht, ist ihre Fähigkeit, sich in ihrer Ambivalenz preiszugeben. Ihre (Selbst)-Zweifel kaschiert sie nicht, sondern sie hinterfrägt pausenlos sich selbst und die gesellschaftliche Situation, in der sie lebt. «Nachdenken, ihr nach-denken. Dem Versuch, man selbst zu sein.» Diese Sätze stehen am Anfang jenes Buches, das Christa Wolf 1969 weit über die Grenzen der DDR und den deutschsprachigen Raum hinaus bekannt gemacht hat.

In «Kindheitsmuster» vermischen sich Autobiografie und Fiktion genauso wie persönliche Geschichte und politische Ereignisse. Wolfs Texte sind deshalb auch nie nur auf «dieses Zu-sich-selber-Kommen des Menschen» fixiert, sondern immer mit den Fragen zum Verhältnis des Menschen mit der Gesellschaft und den politischen Gegebenheiten verbunden. Auf diese Weise veranlassten Wettrüsten und die atomare Bedrohung die Autorin in den achtziger Jahren dazu, den Ursprung dieses «selbstzerstörerischen Zuges im abendländischen Denken, in der abendländischen Praxis» nachzuforschen und in der Erzählung «Kassandra» zu beschreiben.

Moralische Instanz

Sich mit ihrer ganzen Person ein- und auszusetzen, gehört zu ihren Prinzipien. Ihr Schreiben und ihre politisches Handeln sind stets Methoden der Lebensbewältigung, so dass sich «Person» und

Was Christa Wolf bedeutend macht, ist ihre Fähigkeit, sich in ihrer Ambivalenz preiszugeben.

«öffentliches Wirken», «Leben» und «Schreiben» nicht trennen lassen. Wolfs Stimme hat innerhalb der zeitgenössischen deutschen Literatur trotz und wegen aller kontroversen Stellungnahmen zu Werk und Person seit dem Zusammenbruch der DDR ein besonderes Gewicht. Die Schriftstellerin wurde beispielhaft für ihren unverwechselbaren Sprachstil und eine Prosa, deren Kraft ebenso aus der Sensibilität einer poetischen Existenz erwächst wie auch vom Mut zum neuen Denken, zum Verantwortungsgefühl und zur Wahrheitssuche.

Staatsdichterin?

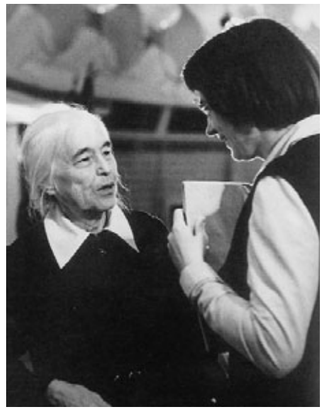
1990, also nach dem Mauerfall, veröffentlichte Christa Wolf eine bereits 1979 geschriebene Erzählung unter dem Titel «Was bleibt», in der sie einen Tag im Leben einer von Staatssicherheitsbeamten observierten Schriftstellerin schildert und die zum Auslöser eines heftigen und weit über den deutschsprachigen Raum hinaus beachteten Literaturstreites führte. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung, so kurz nach dem Mauerfall, war sicherlich ungeschickt gewählt. Vor 1989 im Westen als kritische DDR-Autorin wahrgenommen, galt sie nach der Wende plötzlich als «Staatsdichterin» und Repräsentantin des Systems, für dessen Veränderung sie sich doch eingesetzt hatte. Mit ihrem Bekenntnis, einmal die informelle Mitarbeiterin «Margarete» gewesen zu sein, wurde in gewissen Medienkreisen schlagartig auch ihre Literatur erledigt. Trotzdem war die Autorin gegenüber dem DDR-Staat kritisch eingestellt.

Leiden an gesellschaftlichen Zwängen

Christa Wolf beschreibt in ihren Werken immer wieder, wie der Ausblick auf eine glückliche, erfüllte sozialistische Persönlichkeit verloren ging. Sie vergleicht ihre gesellschaftliche Situation mit einem Körper, der malträtiert und geschunden ist. Christa Wolf, die überlebt hat, hat dieses Martyrium, dieses Leiden an gesellschaftlichen Zwängen, eindrücklich beschrieben.

Bei einer Lesung der Veranstaltungsreihe «Deutschstunde» des Berliner Ensembles, 26. November 1989.

Der symbolische Krebs zum Beispiel bildet das Zentrum von «Nachdenken über Christa T.», ihrem berühmten Roman von 1969. Die Leukämie, an der Christa T. stirbt, dient nur der Anklage der gesellschaftlichen Zwänge, der neuen «Tatsachenmenschen», die Christa T.'s Traum vom wahren Sozialismus zerstören. Die Krankheit selbst kommt eigentlich nicht vor, sie dient als Instrument der Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen.



Christa Wolf mit der Schriftstellerin Anna Seghers auf dem Schriftstellerkongress, November 1973.

In Christa Wolfs Übersetzungen antiker Stoffe in feministische Literatur wie zum Beispiel «Kassandra» oder «Medea» werden Körper derart beschrieben, um Zukunftsvisionen auszudrücken. Es geht um die Suche nach einer weiblichen Körperwahrheit, die auf dem Weg von der matriarchalen zur patriarchalen Gesellschaft verloren gegangen ist. In ihrem neuesten Werk «Leibhaftig» (2002) knüpft sie an diese kreative Phase an. «Leibhaftig» ist ein Meisterwerk, geschrieben wie in den besten Zeiten einer Christa Wolf.

Die Werkausgabe

Aus Anlass des 70. Geburtstages von Christa Wolf hat der Luchterhand Literaturverlag eine Gesamtausgabe des erzählerischen und essayistischen Werkes der Autorin herausgegeben. Die kommentierte Leseausgabe erscheint in dreizehn Bänden und enthält auch bisher unveröffentlichte Texte. Im Herbst 1999 sind die ersten vier Bände erschienen, die nebst «Der geteilte Himmel» und «Nachdenken über Christa T.» auch Erzählungen aus der Zeit von 1960 bis 1980 sowie zwischen 1959 und 1974 entstandene Essays, Briefe und Prosatexte enthalten. Bisher sind zwölf Bände erschienen. Der abschliessende dreizehnte Band erscheint im Frühjahr 2003.

Heimatlos

Als ich beim Schreiben des Artikels über Christa Wolf die Stellungnahme von George W. Bush zum Nah-Ost-Konflikt hörte, erinnerte ich mich reflexartig an ihre Situation in der damaligen DDR, auch wenn diese sicherlich verschieden war. Damals fühlte sie sich oft verlassen. Freundinnen und Freunde wurden aus dem Land zwangsweise ausgebürgert oder haben sich selbst in den bürgerlichen Westen abgesetzt. Christa Wolf wollte in ihrem Land bleiben und blieb auch. Sie ging Kompromisse ein, weil sie ihre Heimat nicht einfach zurücklassen wollte. Sie schrieb ihren Frust von der Seele und von ihrem Körper. Die westliche Konsumgesellschaft lehnte sie ab und hielt auch in schwierigen Zeiten an der Vorstellung eines demokratischen Sozialismus fest. Eine Heimat, ein Land unter den Füssen zu spüren, bedeutete ihr viel. War sie deshalb eine «naive» Patriotin, die der Staatsideologie verfallen war? Sicherlich nicht. Aber sie setzte auf eine DDR, von der sie überzeugt war, dass Veränderungen auch durchführbar sind. Ihre Heimat hat sie nun verloren. Auch keine Heimat haben die Palästinenserinnen und Palästinenser. Sie wusste, wie schmerzhaft es ist, kein eigenes Land, keine eigene Heimat zu haben. «Kein Ort. Nirgends» – Christa Wolf litt an solchen politischen Realitäten. Auch in ihrem neuesten Buch «Leibhaftig» drückt sie diesen Schmerz und die Sehnsucht nach einem «gesunden, lebensfähigen Körper» aus.

Wohin frau/man geht

Der Anlass mit den preisgekrönten Filmen

Oberwalliser Filmtage
im Stockalperhof, Brig
jeweils um 20.45 Uhr

Dienstag, 20. August
Amélie de Montmarte

Mittwoch. 21. August
The Man who wasn't there

Donnerstag, 22. August
Bloody Sunday

Freitag, 23. August
Monster's Ball

Samstag, 24. August
The Pianist
(Schweizer Vorpremiere)

Sonntag, 25. August
Ghandi
(Oscarpreisträger vor 20 Jahren)

Informationen und Vorverkauf
Plattuladu, Brig, Tel. 027 / 923 23 27
UBS Filialen, Brig, Naters und Visp

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik
42

Sicherheit, Freiheit, globale Gerechtigkeit

Anti-Terror-Kriege, Völkerrecht, Solidarität; Israel-Palästina-Konflikt; innere Sicherheit, Anti-Terror-Gesetze, Freiheits- und Grundrechte; Fremde als Sicherheitsrisiko; Reichtum/Armut, soziale Sicherheit, transnationale Sozialpolitik; Gewalt und Geschlecht

U. Marti, R. Kössler, H. Melber, N. Paech, L. Watzal, R. Gössner, H. Busch, M. Bosonnet, M.R. Krätke, U. Mäder, G. Husi, Th. Furrer, C. von Werlhof

Weltsozialpolitik nach Porto Alegre

D. Keet: Neokoloniales WTO-Regime
H. Schäppi/U. Sekinger: Gewerkschaftsinternationalismus
P. Niggli: Weltsozialforum – künftige Agenda
R.H. Strahm: Finanzplatz Schweiz unter Druck
A. Missbach: Der Fall Enron
R. Falk: Entwicklung und Finanzierung

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

22. Jg./1. Halbjahr 2002 Fr. 25.– / € 16.–

212 Seiten, Fr. 25.–/€ 16.– (Abonnement Fr. 40.–/€ 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei:
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 (0)1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Endlich Sommer – endlich wandern!

Die Alpen-Initiative bietet Ihnen ein abwechslungsreiches Wanderprogramm in den Alpen – bei uns werden Sie sicher fündig. Auf allen Touren sind unsere orts- und fachkundigen Wanderbegleiterinnen und Wanderbegleiter für Sie da.

Wochen-Wanderungen

20. bis 27. Juli
Grenzschlängeln Oberwallis – Ossola

27. Juli bis 3. August
Bärenpfade im Trentino

17. bis 24. August
Tessiner Täler

24. bis 30. August
Gran Paradiso

7. bis 14. September
Bello Adamello

Wochenend-Wanderungen

20. bis 22. Juli
Alpe Veglia
Bergwanderung mit Andreas Weissen.

10./11. August
Sparrhorn und Aletschgletscher
Wanderung mit Andreas Weissen.

24./25. August
Torrenthorn
Bergwanderung mit Serge Picker.

7./8. September
Vallon de Réchy
Wochenendwanderung mit Serge Picker.

21./22. September
Modellregion Göschenen
Bergwanderung mit Max Keller.

26./29. September
Binntal - Devero - Alpe Veglia
Wanderung mit Paul Ruppen.

Detailprogramme bei :
Alpen-Initiative, Postfach 29, 3900 Brig,
Tel. 027 924 22 26, (Mi-Nachmittag und Fr);
Fax 027 924 43 05; wandern@alpeninitiative.ch / www.alpeninitiative.ch

Umwelt-Agenda

Sonntag, 21. Juli
Unbekanntes Goms
Ganztägige botanische Bergwanderung mit Gerhard Schmidt

Sonntag, 1. September
Oberwalliser Umweltfäscht
Camping Felsheim Mörel

Nähere Informationen und Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat,
Tel. 027 / 923 61 62

Glosse des Monats

Autobahn-Seldwylereien im Oberwallis

Direkte Autobahnanschlüsse ohne Autobahn – ja geht denn das?

Ich sörfe im www.vs.ch und suche nach der Einwohnerzahl von Raron. Auf Rarons «Hompeitsch» werde ich fündig. Etwas über 1700 Seelen – inkl. Turtig und St. German – ohne weiteres nennenswertes Einzugsgebiet. Nicht schlecht: Auf Rarons Hompeitsch prangt unübersehbar: *«Direkter Autobahnanschluss».* Wohl vergessen zu löschen nach dem 1. April 2002, oder was? Aber wie alle wissen, ist Raron eine sehr, sehr wichtige Ortschaft im Nabel des Oberwallis. Sowohl was die Historie der «Felsenkirche», das Grabmahl R. M. Rilkes und den Besuch des ehemals politisch und auch sonst schwergewichtigen und wenig eisfesten bzw. rutschsicheren Deutschen Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl betrifft. Klaro verlangt ein so bekannter Ort nach einem direkten Autobahnanschluss, ob nun eine Autobahn da ist oder nicht. Sicher ist sicher - schon als «Imitschpflege».

Nun ja, da ich am Wahrheitsgehalt von Rarons «going public» nicht zweifelte, wollte ich dieses Bauwerk, den angegebenen direkten Autobahnanschluss, selber einmal befahren. Zu nächtlicher Stunde tuckerte ich nach Raron und... hatte nicht mit den Rarner'schen Seldwylereien gerechnet. Hatten die doch ihren direkten Autobahnanschluss nachts «nit Forna glaa». Forna war keiner zu finden – im Norden nicht, im Süden nicht. Er könnte ja gestohlen werden, denn Gampel Steg hat im Gegensatz zu Visp, das auf seiner Hompeitsch auch einen hat, noch keinen - den direkten Autobahnanschluss. Oder haben die beiden Gemeinden Visp und Raron ihren Nachkommenschaften einfach ein «Kunstwerk» in die Landschaft stellen wollen? Ich erinnere dabei an den Künstler Max Bill, der in Zürich einige Tore auf einen Platz stellte, wo auch weit und breit kein Gebäude hinter den Toren zu sehen waren. So wollte ich wenigstens über die Autobahn zurück nach Brig, denn wo ein direkter Autobahnanschluss ist, muss doch irgendwo auch eine Autobahn sein. Ich suchte im Norden, suchte im Süden - «lüter nix». Etwa nachts eingerollt?

Spass beiseite, was machen denn Visp und Raron mit ihren direkten Autobahnanschlüssen? Ganz einfach: Sie denken in amerikanischen Verhältnissen, denn da würde man tatsächlich – was sind schon ein paar Kilometer mehr oder weniger – den Autobahnanschluss in Sierre Ost auch als direkten Anschluss von Visp und Raron deklarieren – und den gibt es schon. Ach ja, ich vergass: Nächsten Herbst bekommt Brig einen eigenen direkten Autobahnanschluss mit sage und schreibe bloss um die zwei Kilometer Autobahn für die nächsten fünf bis sieben Jahre. Hat sich Visp etwa vorsorglich in Brig «direkt angeschlossen»?

Leo Arnold

Dicke Eier

Hans Kummer: Spiderman schützt nun UNESCO

Im Kino feiert der US-Kaugummi Spiderman wahre Erfolge. Ganz vergessen ob des Hypes um den amerikanischen Comic-Helden geht der einheimische Spiderman: Hans Kummer. Die einheimische Fangemeinde erinnert sich aber noch sehr gut an die geplante Wäscheleine zwischen Ried-Mörel und der Riederalp, mitten durch das UNESCO-Schutzgebiet, die der Rieder Spiderman auswerfen wollte. Der Hype um das Kino-Vorbild spült nun auch Kummer wieder an die Oberfläche. Der neue Trägerverein des UNESCO-Weltnaturerbes hob Kummer glatt in den Vorstand. Welche Leine wirft er nun da aus?

Edith Nanzer: Nachfolgerin von Viktor Giacobbo?

Im Verkaufen fremder Ideen war die CVPO immer schon Spitze. Neuster Streich: Der Trägerverein des UNESCO-Weltnaturerbes. Der Vorstand besteht aus etlichen Schwarzen, darunter CVPO-Häuptling Richard Kalbermatter und Darling Edith Nanzer. Hinter den Kulissen ärgert sich derweil Staatsrat Willy Schnyder schwarz. Denn Edith Nanzer drängt sich seit dem Entscheid zugunsten der UNESCO immer mehr in den Vordergrund, der gelbe Willy Schnyder fürchtet um seine Zeitungsseiten. Gratis-Tip der *Roten Anneliese:* Man melde Nanzer doch als Nachfolger für Viktor Giacobbo an! Der Part von Roger Schawinski würde ihr sicher stehen: *«Isch mini Idee gsi!»*

St. Ursula-Direktor Taiana: Jedes Mädchen vernaschen?

An der Oberwalliser Mittelschule St. Ursula steht es um die Moral so bös, dass Direktor Franz Taiana den DiplomandInnen einen besorgten Abschiedsbrief schickte. Darin schreibt er: *«Ist der Erwerb des Diploms ein Grund, um dich (entschuldige den Ausdruck) zu besaufen, die Gesundheit zu schädigen oder gar mit einer Alkoholvergiftung im Spital zu landen? Du bist im Ausland, niemand kennt dich - aber ist dies ein Grund, jedes Mädchen zu vernaschen bzw. mit jedem ins Bett zu steigen?»* Nein, meint die *Rote Anneliese,* für solch schamlose Gedanken genügt der Titel eines Schuldirektors vollauf!

JCVP schämt sich ihrer selbst!

Nach jahrelangem Dornröschenschlaf musste die JCVPO an der Powermesse eines ihrer Versprechen einlösen, das sie in den Leserbrief-Attacken gegen die jungen Linken in die Welt gesetzt hatte: Wenn schon nicht politisieren, dann feiern wir die Feste halt sooft sie fallen. Doch dies ist ihnen offenbar peinlich. Als ein Jugendlicher den jungen Hoffnungsträger der Schwarzen, Marco Volken, ansprach: *«Hey, bist Du nicht von der JCVP?»,* antwortete der lapidar: *«Nicht dass ich wüsste...!»*

Die Gelben und Schwarzen verbreiten die *«Rote Anneliese»* per Fax.

Die Roten machen die *«Rote Anneliese»* zum Geschenk oder abonnieren sie.

☐ **Ich bestelle die «RA»** ☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)**

Name/Vorname:
Strasse:
PLZ/Ort:

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname:
Strasse:
PLZ/Ort:

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax: 027 923 69 71

Alpenkonvention:

■ Noch vor einem Jahr gelobten die Bürgerlichen Besserung
■ Jetzt fallen CVPO, CSPO und FDPO aufs gleiche Manöver rein

«Wir haben keine Zeit, alles genau zu lesen!»

SITTEN – **Vor einem Jahr hatten sich CVPO, CSPO und FDPO noch von den economiesuisse-Argumenten gegen die Alpenprotokolle kräftig einseifen lassen. Damals mit ihrem Bock konfrontiert, gelobten sie Besserung. Ein Jahr später dasselbe Bild: Kopflos unterschreiben Beat Abgottspon, Fredy Huber und Christian Venetz die aufgewärmte economiesuisse-Resolution.**

VON PATRICK ZEHNER

«Unsere Forderungen wurden schlicht nicht erfüllt. Die EU hat immer noch kein sozioökonomisches Zusatzprotokoll ausgearbeitet. Darum haben wir die Resolution unterschrieben!» gibt sich CVPO-Fraktionschef Abgottspon gegenüber der *Roten Anneliese* trotzig. Er habe aus den Fehlern vor einem Jahr gelernt und die Resolution nicht mehr leichtfertig unterschrieben. Hat die CVPO die Protokolle denn nun genau analysiert? *«Nein. Unser Verantwortlicher Marcel Mangisch hat aber die Resolution genau unter die Lupe genommen. Wir haben halt nicht so viel Zeit wie die Journalisten, alle Protokolle zu lesen!»* Woher wusste die bürgerliche Schar sonst, dass die Alpenkonvention berggebietsfeindlich sei? *«Es gibt bei CVP, FDP und SVP auch auf Bundesebene die Befürchtung, dem Schutzgedanken werde zu viel Gewicht beigemessen!»* präzisiert Abgottspon. Einmal mehr sind die bürgerlichen Grossräte also auf die Manöver der economiesuisse reingefallen. Denn das Argumentarium der bürgerlichen National- und Ständeräte stammt nachweislich aus dieser Feder. *«Das mit der berggebietsfeindlichen economiesuisse, das Sie immer wieder vorbringen, ist ein Cliché!»*, lässt der Staldenriedner die *Rote Anneliese* aber wissen.

Kommt der Bock auch in Bern an?

Wenigstens haben sechs Abgeordnete der CVPO-Fraktion aus den Fehlern ihres Fraktionschefs gelernt. Sie stimmten gegen die unsinnige Resolution und für die Alpenkonvention. Derweil sollte die restliche Fraktion Nachhilfe bei einem Völkerrechtler nehmen. Verhandelte Staatsverträge wie die Alpenkonvention können nämlich nicht mehr geändert werden. Auch auf Bundesebene lockt die economiesuisse bürgerliche Parlamentarier reihenweise ins Netz. Der Walliser Ständeherr Simon Epiney (CVPU) treibt mit seiner Aqua Nostra weiterhin Wasser auf die Mühlen der Alpenkonventionsgegner. Rolf Escher (CVPO) dagegen liegt auf Kurs, Peter Jossen weiss sowieso die geschlossene SP-Fraktion hinter der Alpenkonvention und auch Odilo Schmid (CSPO) weiss, was richtig ist fürs Wallis. Das einzige Fragezeichen: Kippt Jean-Michel Cina nach dem Bock im Grossen Rates doch noch?

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 173 / Juli 2002
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis

Der heitere Schluss

George W. Bush hat bereits sein Interesse am Spielplatz im Schlossgarten angemeldet. Statt Käfighaltung auf Guantanamo blüht den Taliban nun der Käfig von Brig!